

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 33

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Rechungen und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Drey-Straße 1. Telefon: S. 6246.

hamburg, den 14. August 1915

Anzeigen kosten die ausgesparte Nonpareilzelle oder deren Raum 50 Pf. (Der Betrag ist fests vorher einzufinden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

29. Jahrg.

Kollegen! haltet Euren Verband hoch, arbeitet für Eure Organisation, sorgt dafür, daß die Verbindung mit unsren Kollegen im felde nicht unterbrochen wird. Jeder Kollege im felde erhält seinen 'Vereinsanzeiger', wenn die Adresse gemeldet wird.

Unser Tarifverhältnis im Kriegs-Jahr 1914.

Die tarifliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe ist, nachdem sie einmal kräftig eingefestzt hatte, schnell vorwärts getrieben worden. Zwar kam es bei Abschluß unseres ersten Reichstarifvertrags im Jahre 1910 auch im Baugewerbe zu einem Reichstarifvertrag und in einigen andern, vor allem graphischen Berufen hatte die Centralisation der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse schon früher eine sehr hohe Stufe erreicht; im Malergewerbe wäre indes aus beruflichen und organisatorischen Gründen ein langsameres Tempo auf dem natürlichen Wege zu größtmöglicher Zusammensetzung aller bestehenden Vereinbarungen über die Arbeitsverhältnisse zweckmäßiger und für die beteiligten Arbeitgeber und Gehilfen nützlicher gewesen. Größeren Schaden haben allerdings unsere Kollegen durch die überhastete Entwicklung nicht gehabt; denn wir sind auch so, traut unserer organisatorischen Position, in der Lage gewesen, die Interessen der Arbeiterschaft des Malergewerbes ebenso zu vertreten wie bei einer Politik des allmählichen Einarbeitsens zu einer Regelung der Arbeitsverhältnisse auf breiterster Grundlage.

Wir haben beobachtet können, daß die durch den Reichstarifvertrag herbeigeführte Schematisierung der noch ganz ungleich entwidelten Verhältnisse in den verschiedenen Orten und Landesteilen, die die Arbeitgeber seinerzeit stürmisch forderten, von unseren Kollegen und von unserer Organisation schneller überwunden wurde als auf der Gegenseite. Hier hatte man erwartet, die Neugestaltung des Tarifverhältnisses würde lediglich dem eigenen Vorteil dienen und ein Mittel gegen alle weiteren Ansprüche der Gehilfenschaft werden.

Die vornehmste Voraussetzung für den natürlich auch von uns erwarteten immer weiteren Ausbau des Tarifwesens war die unbedingte Anerkennung der beiderseitigen Organisationen und deren unausgelebtes Zusammenwirken zur Durchsetzung dessen, wozu man sich durch den Tarifvertrag verpflichtet hatte. So sehr aber die Repräsentanten der Arbeitgeber auch versicherten, allezeit in diesem Sinne wirken zu wollen, so arbeitete dem das auffällige Bemühen eines einflussreichen Teiles unter ihnen entgegen, die Reglementierung über die unbedeutendsten, selbstverständlichs oder für eine Schablonisierung ganz ungeeigneten Vorgänge im Arbeitsprozeß und im Verkehr zwischen Arbeitgebern und Gehilfen bis zu allgemeiner Unverträglichkeit zu steigern, und zwar, wenn dazu der Tarif keine Handhabe bot, durch Auslegung seines Inhalts. Dadurch wurde der Einfluß des einzelnen, noch weiter als zunächst beabsichtig, ausübungsfähig und den Tarifinstanzen in die Hände gelegt, die von außerhalb des Berufs und deren Organisationen stehenden Männern stark abhängig waren. Erst wenn in dem recht umständlichen Tariftreitverfahren ein nicht mehr anfechtbarer, endgültiger Entscheid zustande kam, sah die eigentliche Tätigkeit der Organisationen ein, wenn diese nicht etwa über die Durchführung des Tarifamtsbeschlusses in Streit gerieten und damit die Tarifämter erneut in Funktion treten mußten, um vielleicht nochmals in drei Instanzen über die Korrektheit der angewandten Mittel oder überhaupt zu entscheiden, wie den Beschlüssen der Tarifinstanzen nach dem Buchstaben und dem Geiste des Tarifvertrages von den Organisationen Geltung zu verschaffen sei. Mor ea den Arbeitgebern nicht darum zu tun, jede

zweckmäßige Erledigung tariflicher Streitigkeiten unmöglich zu machen, so mußten sie sich von dieser starken Einsengung durch oft mehr formale als den praktischen Erfordernissen des beruflichen Lebens Rechnung tragende Tarifamtstätigkeit mehr noch als die Gehilfen bedrückt fühlen; denn gerade ihrer Auffassung von der Notwendigkeit ungehinderter Bewegungsfreiheit in allen Angelegenheiten ihres Betriebes entsprach der von ihnen selbst geschaffene Zustand weniger als der Auffassung und Gewohnheit der Gehilfenschaft. Darum mußte die Folge der geschilderten Vorgänge sein, daß sich die Mehrheit der Arbeitgeber keineswegs befriedigt fühlte.

Nicht alle Arbeitgeber konnten beurteilen, welchen Ursachen die geschaffenen Verhältnisse geschuldet waren. Vielfach machte man die Gehilfenschaft und deren Organisationen für alles verantwortlich, was unangenehm empfunden wurde. Das erhöhte natürlich die Spannung zwischen den Kontrahenten des Tarifvertrages.

Bei Schaffung des jetzt bestehenden Tarifvertrages im Jahre 1918 waren wir eifrig bemüht, diesem die Fesseln zu nehmen, in die der erste Reichstarifvertrag unnötigerweise die beiderseitigen Organisationen geschlagen hatte. Wir wollten die Quellen der Ungesriedenheit verstopfen, aus der immer wieder neue Tarifverdrossenheit und Organisationsfeindschaft hervorquoll. Also versuchten wir, eine Vereinfachung des Instanzenzuges bei der Tarifüberwachung durchzusetzen und forderten vor allem die Abschaffung der Gaustarifämter, dieser tarifamlichen Zwischenglieder, die, wenn den unteren Tarifämtern größere Befugnisse eingeräumt wurden, praktisch überflüssig waren. Dieser Vorschlag war so eindeutig und von den Interessen aller Teile unserer Tarifgemeinschaft dictiert, daß ihm schließlich auch seine anfänglichen Gegner die Berechtigung nicht absprechen konnten und eine durchgreifende Regelung in unserem Sinne vorgenommen wurde. Danach ist es seit dem letzten Tarifabschluß nicht mehr möglich, einzelne Streitfälle durch drei Instanzen hindurchzuleiten und Verurteilungen vor das naturgemäß recht schwierig arbeitende Haupttarifamt zu bringen. — Differenzen zwischen einzelnen Arbeitgebern und Gehilfen können, wenn das Streitobjekt nicht mehr als M. 100 beträgt, überhaupt nicht mehr über das Ortstarifamt hinauskommen.

Diese Vereinfachung des Verfahrens hat ganz wesentlich zur Verminderung der Streitfälle beigetragen und vielfach den Anreiz beseitigt, manch unbedeutende Sache überhaupt erst zum Gegenstand tarifamlicher Tätigkeit zu machen. Damit Hand in Hand gegangen ist aber auch ein ganz entschiedenes Abslauen der Streitfucht überhaupt, soweit dabei Beweggründe vorherrschten, die dem Geiste eines wirklichen, auf Gleichberechtigung der beiden vertragschließenden Teile beruhenden Tarifverhältnisses widersprechen. So sind denn seit dem letzten Tarifabschluß nicht nur die Zahl der Ortsstarifamtsinstanzen und die vor ihnen verhandelten Fälle bedeutend zurückgegangen, es verhandelten vor allem auch die Gaustarifämter bis Ende 1914 nur an 15 Tagen über 54, während der ersten Reichstarifperiode dagegen an 79 Tagen über 469 Streitfälle. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Gaustarifamt II (Rheinland und Westfalen) nicht errichtet wurde, und das Gaustarifamt I (Norddeutschland) trat in der jetzigen Tarifperiode nicht in Tätigkeit, weil man sich nicht über den Vorschriften einigen konnte. Doch läßt man diese beiden Gaustarifämter auch in der ersten Periode aus dem Spiel, so stehen 39 Sitzungstage und 257 Streitfällen von 1910 bis 1912 immerhin nur 15 Sitzungstage und 54 Streitfälle in den Jahren 1913 und 1914 gegenüber. — Das Haupttarifamt ist sogar seit Abschluß des jetzigen Tarif-

vertrages nur einmal an zwei Tagen zusammengetreten, um acht Fälle zu behandeln, während der ersten Tarifperiode dagegen fünfmal an 19 Tagen zur Erledigung von 105 Streitfragen.

Die Zahl der Streitfälle wäre auch ohne den Krieg nicht mehr erheblich angewachsen; denn es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß die gegen früher geringe Tätigkeit unserer Tarifämter im weiteren Verlauf der Tarifperiode nicht, wie dies erfahrungsgemäß unter normalen Verhältnissen der Fall zu sein pflegt, noch weiter abgeslaut wäre. Es ist eben bei den Arbeitgebern im allgemeinen seit dem letzten Tarifabschluß ein völliger Umschwung in der Auffassung über den Wert unnötiger Tarifamtstätigkeit eingetreten, durch deren frühere Überspannung und — was noch hinzugefügt werden muß — durch den Kampf von 1918, der mit manchem aufgeräumt hat.

Eine recht gute Folge dieser Entwicklung war eine zunahme des Verkehrs zwischen den beiderseitigen Organisationenleitungen zur Beilegung größerer Differenzen. Wir haben in unserm kürzlich erschienenen Jahrbuch von 1914 (Seiten 86 bis 42) die hauptsächlichsten Angelegenheiten ausführlicher behandelt, in denen wir mit dem Arbeitgeberverband eine Regelung versuchten. So erörtern wir dort einen Fall Frankfurt a. M., der seine Ursache in der Weigerung des Arbeitgeberverbandes hatte, die Ansprüche unserer Kollegen nach Biffer 4 des bekannten Schiedsspruches vom 18. Mai 1918 anzuerkennen. — Über die organisierten Arbeitgeber Sonderübers führen wir Beschwerde, weil sie sich sträubten, trotz wiederholter Aufforderung und vieler vergeblicher Bemühungen unserer Orts- und Bezirksleitung zur Fertigstellung des örtlichen Tarifvertrages die Sitzungen des Ortstarifamtes zu besuchen beziehungsweise Vertreter zu nennen. — Wegen Gütersloh beschweren wir uns, weil es die dortigen Arbeitgeber ablehnten, den tarifwidrigen Zustand zu beseitigen, daß im Ortstarifamt ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes den Vorsitz führte. — Gegen unsere Zillalleitung in München führen dagegen die Arbeitgeber Beschwerde, weil in mehreren Münchner Wagenbaubetrieben eine Anzahl unserer Mitglieder mit der übrigen Arbeiterschaft zusammen streikte, in denen Badierermeister Arbeiten ausführten, die sich bisher nicht um den Reichstarifvertrag kümmerten und von ihm abweichende Arbeitszeiten und Lohnbedingungen durchführten. Ferner bestimmte der mit den in Betracht kommenden Wagenbaubetrieben abgeschlossene Tarifvertrag ausdrücklich, daß dieser auch für die Arbeiter gelte, die „von einem auf eigene Rechnung arbeitenden . . . Badierermeister“ eingestellt seien. — In Landshut obstruierte der Arbeitgeberverband gegen Verhandlungen, die die Einführung des Reichstarifvertrags bezwecken sollten, auch dann noch, als das Gaustarifamt solche ausdrücklich angeordnet hatte. Ebenso lagen die Verhältnisse in Weilheim. In Plauen i. B. hoben die Arbeitgeber einseitig den dort bestandenen paritätischen Arbeitsnachweis auf.

Owwohl die Leitung des Arbeitgeberverbandes in verschiedenen Fällen zweifellos sachlich mit uns übereinstimmte, konnte sie dennoch dem Widerstreben ihrer Orts- und Gewerbeverbände nicht immer erfolgreich begegnen, während die Leitung unserer Organisation stets in der Lage war, sachlich berechtigte Beschwerden des Arbeitgeberverbandes ohne weiteres gegenstandslos zu machen. Darum konnte das Bemühen der beiderseitigen Organisationen um die Beseitigung bestimmter Differenzen aus dem Tarifverhältnis nicht so erzielhaft wirken, wie im Interesse der gemeinsamen Sache wünschenswert gewesen wäre. Immerhin ist eine geringe Besserung des gegen seitigen

Einvernehmen eingetreten, um merkbarst seit Kriegsbeginn eingetreten, um merkbarst seit Kriegsbeginn eingetreten.

Sollte die schwere Prüfung, die das Kriegsjahr 1914 der großen Masse unserer Berufsgenossen auferlegt, mit dazu beitragen, daß das Tarifverhältnis durch gesteigertes Verständnis für die Produktionsverhältnisse unseres Berufes und durch fruchtbringende praktische Organisationsarbeit immer mehr gefestigt wird, so würde zum mindesten ein Teil der jetzt dargebrachten Opfer in kürzerer Zeit wieder auszugleichen sein.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen, besonders in den kleineren und mittleren Betrieben des Malergewerbes sind für eine gründliche und fortlaufende Arbeitslosenstatistik sehr hinderlich. Unsere Berufsverhältnisse zeichnen sich eben viel zu sehr durch eine große und häufige Fluktuation der Arbeitsschafft über die verschiedenen Betriebe und Orte hinweg aus, verschärft durch den allgemeinen Sozialcharakter des Malergewerbes, unter andern nachteiligen Erfahrungen mehr. Darum mußten wiederholte Versuche unseres Verbandes, eine fortlaufende Arbeitslosenstatistik durchzuführen, immer wieder aufgegeben werden.

Mit der Einführung der Arbeitslosunterstützung am 1. April dieses Jahres auch in unserer Organisation wurde und aber gewissermaßen die Pflicht auferlegt, von neuem an die Durchführung einer regelmäßigen Arbeitslosenstatistik heranzutreten, schon um einer Aufforderung des Kaiserlichen Statistischen Amtes nachzukommen, das sich seit Jahren monatlich über die Arbeitslosigkeit in den Gewerken berichtet, die Arbeitslosenunterstützung auszahlt, berichten läßt. So wichtig diese Erhebung, deren Ergebnisse regelmäßig im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden, für allgemeine soziale und volkswirtschaftliche Zwecke ist, von mindestens ebenso großem Wert ist sie aber auch für uns zur Beurteilung unserer Berufsverhältnisse und für die Tätigkeit unserer Organisation. Denn mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist es nicht abgetan, sondern wir werden diese, gefügt auf praktische Erfahrungen und nach der tatsächlichen Gestaltung der Arbeits- und Organisationsverhältnisse, im Laufe der Zeit den Bedürfnissen der Kollegen anpassen und weiter ausgestalten.

Wir waren schon seit Kriegsbeginn bemüht, durch monatliche Erhebungen Aufschluß darüber zu erhalten, wie unsere Kollegen unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatten; an das Statistische Amt berichten wir jedoch erst seit dem 1. Juli. Es ist zu hoffen, daß uns die Verwaltungen aller Filialen durch schnellste und gewissenhafte Ausfüllung der ihnen am Ende jedes Monats zugehenden Karten und durch deren pünktliche Einsendung unterstützen. Über die Resultate der Erhebung wird regelmäßig im "Vereins-Anzeiger" berichtet; bestimmte Schlussfolgerungen werden jedoch erst nach einiger Zeit, wenn mehr Vergleichsmaterial vorliegt, möglich sein. Wir geben hier folgend zunächst gewisse Ziffern über unsere seit Kriegsausbruch vorgenommenen Erhebungen bekannt:

Monat	S. über alle Filialen	Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse der letzten Woche des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats	Um letzten Tag der letzten Monatswoche als auf der Woche beständig gemeldet	Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	Aus je 100 Mitgliedern entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche				
					1910	1911	1912	1913	1914	1915
Januar	107	15349	2694	?	17,55					
Februar	118	16112	2447	?	15,18					
März	111	14209	753	?	5,28					
April	94	12802	238	?	1,84					
Mai	118	13963	299	15	2,25					
Juni	120	13402	426	3	3,20					
Juli	129	13349	302	7	2,31					

Am Schluß jedes Quartals wird die Erhebung noch ausgedehnt auf die Feststellung der Arbeitslosentage und die ausgezahlten Unterstützungen sowie auf den Stand des Beschäftigungsgrades in unserem Gewerbe allgemein.

Für Monat Juli wurde die statistische Karte nicht eingeliefert von den Filialen: Bernburg, Celle, Görlitz, Greiz, Wald, Hamm, Ingolstadt, Karlsruhe, Kempten, Lörrach, Lüneburg, Nelle, Posen, Trier und Weida.

Das Recht zum Leben.

Die goldene Sommeronne liegt draußen auf Berg und Tal, auf Feld und Walde. In jedem Lebewesen stachelt sie den Trieb nach Leben zur höchsten Art. Voll Wonne genießt auch der Mensch das lachende Licht: Leben läßt es ihn fühlen, das Leben von seiner fröhlichsten Seite, Leben sorgt. Wie eine Rettung gibt sich die Sonne hin allen gleich und so sind von Natur aus allen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Alle, alle können von Natur aus in gleicher Weise schöpfen aus diesem Urquell alles Seins. Die erste, die grundlegende Voraussetzung zum Leben haben alle Menschen in gleicher Art und wenn dennoch Unterschiedenheiten bestehen, so hat sie der Mensch geschaffen. Menschheit ist es, wenn das lebenspendende Licht auch die Seele tragen kann, bitteres Sehnen und Schmerzen, Menschenwert, wenn sie sehn nur, wie draußen im Leben und drinnen der Tod durch die Reihen geht und daheim die traurige Trauer. Der Lebenstrieb ist der Trieb der Welt, zu leben, zu leben in seiner vollen Eigenart, zu leben in seiner ganzen Natürlichkeit, das ist der Grundtrieb des Ganzen. Der Sonne soll unser Leben folgen; die Freude am Leben soll unseres Lebens, unseres

Wirkens und Schaffens Inhalt sein. Nur das Leben ist natürlich, entspricht dem obersten Gesetz der Natur, das voll Sonne ist.

Unser Leben von heute gleicht der kalten Winterzeit, da die Sonne nicht lacht. Vergebens leichten Laufen und Hundertausende danach. Not und Trauer lagern über unserm Sein, Hunger und Sehnen. Unser Zusammenleben ermöglicht nicht jedem in gleicher Weise den Platz in der Sonne, auf den er Anspruch hat.

Ein gleiches Recht auf das Leben ermöglicht uns erst die Welt, die jedeweile unnatürlichen Rücksichten und Vorauflösungen beseitigen wird. Erst eine neue Welt gewährt jedem die gleiche Möglichkeit zur Entwicklung seines Ich, gewährt jedem die rechte Befriedigung seines Lebenstriebes.

Darum müssen wir erst im vollen Süden in jener kommenden Welt die Sonne genießen. In vollen Zügen können wir erst dann trinken ihr Licht, mit überschwänglichem Herzen erst dann uns erfreuen der lachenden Kraft, die sie ausgleicht auf alles Sein. Eine Sonne, eine Menschheit, ein Glück: das soll jene neue Welt sein.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe bewahrte im Monat Mai nicht nur ihr befriedigendes Aussehen, sondern es trat sogar gegen den Vormonat eine weitere Erleichterung ein. Im Reichsdurchschnitt kamen im Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen 125,87 Arbeitssuchende gegen 189,66 im April des laufenden Jahres. Die Ursache der Besserung im Berichtsmonat ist in erster Linie in einer Abschwächung des Angebots zu suchen; an den berichtenden Nachweisen nahm die Zahl der Arbeitssuchenden insgesamt von 18 898 auf 15 158 ab. Auch die Nachfrage ging etwas zurück: die Zahl der offenen Stellen ermittelte sich im Berichtsmonat nur auf 12 048 gegen 18 170 im April. Zusammenfassend läßt sich demnach feststellen, daß das Angebot eine Abnahme um 17,6 %, erfuhrt, während sich die Nachfrage um 8,6 % verminderte. Die Bewegung der Andrangsiffer im Baugewerbe verlief im Reichsdurchschnitt in den einzelnen Jahren wie folgt:

	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Januar	499,49	396,58	458,88	530,58	921,72	863,55
Februar	342,27	364,80	357,14	882,66	428,88	252,15
März	157,58	101,00	160,96	261,18	181,08	157,78
April	146,78	128,91	144,44	198,21	185,69	189,66
Mai	189,00	116,43	148,81	212,15	187,88	126,87
Juni	159,26	124,86	180,46	185,98	146,87	—
Juli	126,57	117,75	189,24	197,50	148,89	—
August	145,29	125,88	148,44	219,41	311,19	—
September	184,94	100,98	128,92	168,51	204,97	—
Oktober	199,45	141,58	163,80	228,28	209,78	—
November	288,11	306,20	262,70	486,71	268,69	—
Dezember	277,78	266,82	286,81	542,58	246,68	—

In den einzelnen Berufsgruppen des Baugewerbes war im Monat Mai zumeist eine Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse gegen den Vormonat zu bemerken. Eine Ausnahme macht das Malergewerbe; hier wies die durchschnittliche Andrangsiffer eine geringe Steigerung auf. In den beiden letzten vorigen Monaten dieses und des vorigen Jahres meldeten sich in den einzelnen Berufsgruppen durchschnittlich Arbeitssuchende:

Berufsgruppe	1914 April	1914 Mai	1915 April	1915 Mai	1910	1911	1912	1913	
					Maurer, Buber, Stuckateure	199,54	185,88	143,08	114,22
Zimmerer, Treppenmacher	194,01	155,53	171,97	136,55					
Malier, Anstreicher, Lackierer	82,52	93,48	127,74	129,72					
Gäbler	261,47	198,19	176,60	189,10					
Lebende gelernte Berufe	267,38	269,40	156,87	119,91					
Erbarbeiter, Bautagelöhner, Handlanger	188,18	211,51	58,41	61,90					

Die Gruppe Maurer, Buber, Stuckateure wies im Berichtsmonat eine merkliche Besserung der Arbeitsmarktlage gegen April auf, was um so bedeutsamer ist, als die durchschnittliche Andrangsiffer mit 114,22 ein befriedigendes Niveau einnimmt. Der Rückgang des Andrangs ist einerseits auf ein verminderteres Angebot, anderseits auf eine verstärkte Nachfrage zurückzuführen. An der Zahl der Arbeitsuchenden gemessen nahm nämlich das Angebot von 4992 auf 4274 ab. Die Gesamtzahl der offenen Stellen betrug im Berichtsmonat 3742 gegen 3489 im April 1915. Seit Kriegsausbruch entwickelte sich die Andrangsiffer im Baugewerbe wie folgt:

Juli	148,96	November	220,61	März	193,13
August	423,98	Dezember	208,64	April	143,08
September	324,19	Januar	346,48	Mai	114,22
Oktober	217,67	Februar	308,40		

Für das Zimmergewerbe ließ sich im Berichtsmonat erfreulicherweise eine Abnahme des bisherigen großen Überangebots konstatieren. Der durchschnittliche Rückgang ermittelte sich in der Gruppe Zimmerer, Treppenmacher, Lackierer im Monat Mai 1915 auf 136,55, was gegen den Vormonat eine Erleichterung von 35,42 bedeutet. Die günstige Veränderung ist im wesentlichen durch eine Verleibung der Nachfrage hervorgerufen; die Zahl der offenen Stellen war nämlich im Berichtsmonat mit 2235 um 244 größer als im Vormonat. Anderseits nahm noch das Angebot etwas ab: an Arbeitsuchenden wurden insgesamt 3052 gezählt gegen 3424 im April. In der in Frage stehenden Berufsguppe bewegte sich die Andrangsiffer seit Mitte vorigen Jahres wie folgt:

Juli	180,19	November	169,08	April	166,98
August	119,02	Dezember	189,85	April	171,97
September	128,18	Januar	289,90	May	186,51
Oktober	159,01	Februar	219,92		

Trotz der merkbaren Besserung im Gesamtdurchschnitt war nicht in allen Landesteilen eine Erleichterung der Arbeitsmarktlage gegen den Vormonat zu beobachten.

In der Gruppe Maler, Anstreicher, Lackierer erfolgte im Berichtsmonat ein Nachlassen des Angebots, wie auch der Nachfrage. Der Rückgang fiel insgesamt in ungefähr gleichem Umfang, so daß sich die Reichsdurchschnittsiffer nur wenig veränderte. Auf je 100 offenen Stellen kamen im Malergewerbe im Berichtsmonat 129,72 Arbeitsuchende, das ist gegen den Vormonat ein Plus von 1,98. In den bisher verlorenen Kriegsmonaten erreichte sich die Andrangs

troß der vorsichtigen Gehaltsbildung die Arbeitgeber sich weigerten, eine Lohnherabsetzung zu gewähren, ohne daß diese von einer festgelegten Organisation entschieden gefordert wird. Alle Vermahnungen an unsere Kollegen haben da nichts gebracht. Nun so die Arbeitgeber vollständig in den Stand haben, die Lohnverhältnisse zu ändern, legen sie die Löhne herunter, unbedenklich um die ungünstige Lage, unter der die hiesigen Kollegen durchweg leiden. Besonders ist, daß die Firma Wiedeck ihre älteren Arbeiter, wenn dieselben abwechselnd eine Woche ausliegen, jedesmal von der Krankenkasse abmeldet, nur um einige pfennige Beiträge zu erzielen, wodurch aber unser Kollegen unter Umständen ein erheblicher Schaden entsteht. Werden nun endlich die hiesigen Kollegen nach Beendigung des Krieges die richtigen Lehren aus dem Vorgehen der Unternehmer ziehen und für die Ausbreitung ihrer eigenen Organisation bemüht sein? Hoffentlich läßt sich diese Frage mit Ja beantworten! Und hoffentlich kommen unsere Kollegen recht bald zu der Erkenntnis, daß sie ohne gewerkschaftliche Organisation nicht existieren können.

Aus unserm Beruf.

Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Wie uns mitgeteilt wird, wurde jüngst von der Firma Bago in Siedlungen ein Bettingerfall auf der Germaniastraße gestrichen, wobei der Kollege Max Biermann durch Absturz in Höhe von etwa 20 m am 27. Juli den Tod fand.

Nach uns gemachter Mitteilung wird das Einrücken des Bettings von zwei Kollegen besorgt und soll die gebaute Rüstung einwandfrei sein.

Die Hauptarbeit beim Streichen des Bettings vollzieht sich innerhalb der Eisenkonstruktion, nur ein kleiner Teil der Stahlrohre muss von außen gestrichen werden und ist hierbei auch der Unglücksfall erfolgt.

Der Kollege Biermann hatte, um die Außenseite eines der Pfeiler streichen zu können, sich ein Brett über die herausragenden Balken der Rüstung gesetzt. An der Arbeitsstelle (Betting) entlang führte die elektrische Stromleitung für die Kräne auf den Betting. Augenzeugen, wie der Unfall passiert ist, sind nicht vorhanden. Gemeint wird, daß Biermann ebenfalls mit der elektrischen Leitung, die durch Bahnen der Kräne um etwa 20 cm aus ihrer gewöhnlichen Lage gehoben wird, in Verbindung gekommen und somit fäul beim Brett, von wo aus er geriet hat, abgestürzt ist. Der Kollege Biermann, der mehrere Arm- und Beinbrüche, vermutlich auch noch innere Verletzungen bei dem Sturz davongetragen hat, war sofort tot.

Auch bei diesem Unfall, wo wiederum ein Menschenleben vernichtet ist, muß, wenn wir auch annehmen, daß das Gerüst einwandfrei gewesen ist, doch betont werden, daß nicht genug getan ist, um einen solch traurigen Unfall zu verhindern. Welche man nicht verlangen kann, daß bei einer Arbeit in solch schwieriger Höhe (der Betting ist etwa 28 m hoch) zum wenigsten die elektrische Stromleitung ausgeschaltet werden müsse und selbst wenn dieses infolge des Betriebes nicht möglich sei, daß zum wenigsten Sicherheitsgurte vorhanden sein müssten, um ein Abstürzen bei der Arbeit zu verhindern!

Gewerkschaftliches.

Branchen wir eine gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Gün für die Arbeiterinnen wichtiger Besluß wurde in der vom 6. bis 7. Juli d. J. in Berlin tagenden Konferenz von Vertretern der Vorstände der gewerkschaftlichen Centralverbände gefasst. Die Konferenz beauftragte die Generalkommission der Gewerkschaften, also die Centralvertretung der deutschen Gewerkschaften, baldmöglichst ein gewerkschaftliches Frauenblatt herauszugeben.

Die Anregung zu diesem Besluß war von der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gegeben worden, die auf Antrag weiblicher Verbandsmitglieder folgenden Besluß gefasst hatte: Der Hauptrat wird ertragen, bei der Generalkommission die Gründung einer möglicherweise erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken.

Dass der Antrag auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung gerade vom Metallarbeiterverband ausgeht, ist bedeutsam für den Wert, den gerade diese Organisation der organisierten Frauenarbeit beimisst; denn von der Zeitung wird doch erwartet, daß sie dazu beiträgt, die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Auch daß der Antrag in der gegenwärtigen Zeit gestellt worden ist, erhöht seinen Wert. Gerade jetzt können wir beobachten, wie Frauen zu Arbeiten verwendet werden, die früher nur Männer verrichtet haben. Für eine erhebliche Zahl wird dies kein nur vorübergehender Zustand sein, sondern sie werden dauernd in diesen Posten bleiben; denn Frauenskräfte sind williger und billiger als Männerkräfte. Diesen Vorteil lassen sich die Unternehmer nicht so leicht entgehen. In einer Zeit, wo die Arbeiterschaft schon stark zu kämpfen hat, um Gesundheit und Arbeitskraft durch die Zeuerung der Lebensmittel nicht zu verlieren, ist es nun doppelt notwendig, darauf zu sehen, nicht die Löhne noch durch billige Frauenarbeit herabdrücken zu lassen.

Das kann nur verhindert werden durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. Diese läßt aber immer noch viel zu wünschen übrig.

Die Berufsgruppen, die als Organisationsgebiet für den Metallarbeiterverband in Frage kommen, sind zum Teil dem Eindringen der Frauenerwerbsarbeit besonders starr ausgesetzt. Gerade hier haben Technik und Erfundungen staunenswertes geschaffen und reicht oft die Verwendung von Frauenskräften an Stelle der männlichen Arbeitskraft ermöglicht. Oder sie haben, wie dies z. B. durch die Erfundungen auf dem Gebiete des Beleuchtungsweizens seit circa 15 Jahren der Fall ist, ganz neue Industrien ge-

schaffen, die zu einem erheblichen Teil weibliche Arbeitskräfte vermeiden. In diesen Berufsgruppen betrug denn auch die durch die amtliche Berufszählung 1907 festgestellte Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte seit 1898 über 570 p. 100. Es waren 1907 also nochmal soviel Arbeiterinnen dort beschäftigt, als zwölf Jahre vorher gezählt wurden. Würde aber jetzt eine Zählung vorgenommen werden, wäre sicher ein ähnliches Resultat gegenüber der Ziffer von 1907 zu verzeichnen.

Die weibliche Arbeitskraft ist aber nicht allein für die Metallbranche von Bedeutung. Sie spielt sogar in andern Berufen noch eine mehr ausschlaggebende Rolle. In der Textilindustrie und im Kleidungs- und Reinigungsgewerbe übersteigt ihre Zahl sogar ganz erheblich die der dort beschäftigten Arbeiter. In diesen Berufen war von jeher Frauenarbeit anzutreffen, oftmals als rein häusliche Arbeit, die sich zu Industriezeiten entwidelt hat. Vorhanden ist Frauenarbeit aber überall, kein Berufszweig ist mehr von ihr verschont, und überall wird Klage erhoben über ihre schädigende Wirkung.

Diese hat verschiedene Ursachen. Frauen waren von ihrer Tätigkeit in der Häuslichkeit her nicht daran gewöhnt, ihre Arbeit besonders hoch bewertet zu sehen; aber sie waren gewöhnt, mit wenig auszukommen. An Organisierung der Frauenskräfte dachte lange Zeit niemand, da man die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit nicht von Anfang an erkannte. Als man aber daran ging, auch die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen, zeigte es sich, wie schwierig es ist, Ansichten über Aufgaben und Bedeutung der Frauen, die Jahrhunderte hindurch Geltung gehabt hatten, in kürzer Zeit zu beseitigen. Auch die Organisierung der Männer machte große Schwierigkeiten, die heute noch nicht überwunden sind. Dabei war eine Organisation der männlichen Arbeitkräfte eigentlich immer vorhanden gewesen. Die Gefesselnverbindungen der Handwerke früherer Jahrhunderte waren nichts anderes als Organisationen, die Einfluss auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen suchten. Wenn sie auch infolge der Verdrängung des Handwerks durch die Industrie nahezu verschwunden, so blieb doch die Erinnerung an diese Verbindungen in Arbeiterkreisen bestehen und erleichterte die Werksamkeit zur Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation unter der modernen Arbeiterschaft unserer Zeit.

Den Arbeiterinnen muß man dagegen gewiss machen erst das Abe der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation beibringen. Daher rechtfertigt es sich und ist es manchmal sogar Bedingung, daß man zu ihnen in einem andern Tone spricht, als er denen gegenüber angewendet wird, denen die Anfangsgründe der Gewerkschaftsbewegung längst bekannt sind.

Außerdem kommt hinzu, daß die Vorschriften für den Arbeiterinnenschutz und die besonders für Arbeiterinnen geöffneten Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetzgebung höchst Material zur Besprechung bieten und den Arbeiterinnen so wenig bekannt sind, daß auch aus diesen Gründen sich eine besondere Behandlung der die Arbeiterinnen speziell angehenden Fragen notwendig macht. Dazu reicht der Raum, der den gewerkschaftlichen Fachblättern zur Verfügung steht, aber nicht aus. Die Arbeiterinnen lesen leider diese Blätter auch nicht, weil sie der Meinung sind, was darin steht, geht in der Haupfsache doch nur die Männer an. Sie werden aber sicher mit größerem Vertrauen ein Blatt in die Hand nehmen und seinen Inhalt lesen, wenn sie wissen, er ist besonders für sie bestimmt und soll ihren Interessen dienen.

Wenn es also gelingen sollte, eine Zeitung für Arbeiterinnen zu schaffen, die in ihrem Inhalt darauf gerichtet ist, erzieherisch und belehrend auf sie einzutreten, so wird diese sicherlich dazu beitragen, die Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen erfolgreicher zu gestalten und diesen selbst den größten Vorteil bringen.

Keine Zeuerungsszlage im Bauernberufe. Die Verbandsvorstände des deutschen Bauarbeiter-, des Zimmerer- und des christlichen Bauarbeiterverbandes haben vor kurzem bei dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Bauernberufe eine Aussprache beantragt, um darüber zu beraten, wie die durch die Zeuerung hervorgerufene Notlage der Bauarbeiter gemildert werden könnte. Darauf hat nun der Unternehmensbund geantwortet. Er erkennt an, daß die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise schwer auf den Bauarbeiterlastet, lehnt aber dennoch jedes Entgegenkommen ab. Nicht nur die Gewährung einer Zeuerungsszlage, sondern auch eine Aussprache darüber, wie die Notlage der Arbeiter zu mildern wäre. Da der Arbeitgeberbund zunächst sogar, die Arbeiterverbände möchten ihren Mitgliedern nahelegen, die Arbeitgeber nicht um die Gemährung von Zeuerungsszlagen zu bitten, da solche bitten unter den obwaltenden Umständen nur zu Misserfolgen führen könnten. Im übrigen beruft er sich auf die Tarifverträge, wonach den Arbeitern für die Tarifdauer ja bestimmte Löhne zufließen.

Die Lage der Textilindustrie. Die Textilindustrie mit ihrem starken Export hat wohl unter den großen Kriegsaufträgen einen Teil des Marktes gedeckt, der unter dem Rückgang des Exports entstanden ist, aber ganz ist der Ausgleich nicht möglich gewesen. In neuerer Zeit ist ein weiterer Rückgang eingetreten. Die Weberei brachte starke Einbußen erlitten, und in der Baumwollenspinnerei und Weberei machen sich erhebliche Störungen geltend. Da es sich um keine vorübergehende Erscheinung handelt, so müssen energisch Mittel in Angriff genommen werden, um die Arbeiterschaft gegen die schweren Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Von der Organisation der Textilarbeiter wird verlangt, daß eine gleichmäßige Einschränkung der Produktion vorgenommen wird. Zu dem Zweck ist es nötig, daß die Nachfrage, die heute noch in einigen Betrieben üblich ist, aufgehoben wird, und zwar durch behördliche Anordnung. Besonders darf hier auch nicht an den Betrieben vorübergegangen werden, die Wolle verarbeiten, da es gilt, für alle einen Ausgleich zu schaffen. Ferner muß die Gewährung von Überstunden unterstellt werden, und eventuell müssen Feiertage eingelegt werden, um eine bessere Verteilung der Arbeit zu erzielen. Diesen Hinweis muß sich auch die Militärverwaltung zunutzen machen und ihre

Aufträge auf die Industriebetriebe so verteilen, daß die Betriebe nicht ganz stillgelegt werden. Eritt eine größere Arbeitslosigkeit ein, wie zu befürchten steht, so muß für eine Unterstützung der Arbeitslosen durch die Reichsregierung gesorgt werden. Die Anspruchnahme der Reichsmittel wird deshalb notwendig sein, weil sehr viele arme Gemeinden in unsern Textilzentren keine Mittel für diese Zwecke aufbringen können. Unsere Partei genossen werden die Gemeinden darauf hinweisen können, daß dem Reichschaakamt ein besonderer Fonds für die Unterstützung solcher armer Gemeinden zur Verfügung steht.

Der Verband der Textilarbeiter ist sich aber darüber klar, daß versucht werden muß, einen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen in andern Industrien unterzubringen. Hierfür müssen Einrichtungen geschaffen werden. Es soll ermittelt werden, in welchen Industrien für Textilarbeiter geeignete Beschäftigung vorhanden ist, welche Löhne geahnt werden und in welcher Weise für die Unterkommen der Arbeiter gesorgt werden kann. Man denkt natürlich weniger daran, die Familien nach andern Orten übersteteln zu lassen, vielmehr sollen jugendliche Personen dazu veranlaßt werden. Für Verheiratete müßte der Sohn, wenn sie außerhalb ihres Wohnsitzes Arbeit nehmen, so bemessen sein, daß ein Unterhalt der Familie in der Heimat möglich ist. Der Textilarbeiterverband wird sich bemühen, soweit es in seinen Kräften steht, alle Erleichterungen zu schaffen, die in dieser für die Textilarbeiter recht ernsten Situation möglich sind.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1914. Der Weltkrieg 1914/15 ist trotz des ausgedehnten deutschen Beitragswesens dem Buchdruckerberufe sehr schädlich. Etwa tausend Zeitungen und Zeitschriften sind bereits eingegangen. Der Buchdruck ist in großem Maße brachgelegt, hat sich aber nach den ersten Kriegsmonaten immerhin etwas erholt. Der für das Ausland gut beschäftigte Katalogdruck, der wissenschaftliche wie der Fachschriftenverlag mit ihren starken Absatzgebieten in den meisten Ländern werden auf Jahre hinaus eine schwere Störung durchmachen müssen. Wenn daher die Einberufungen zum Heere nicht so über Gravuren stark wären unter den Buchdruckern (bis Ende Januar 1915 22 780 = 82,8 p. 100 der Mitglieder), würde die Arbeitslosigkeit in dieser Arbeitsschicht beispiellos groß sein, wie ja das ganze graphische Gewerbe in besonderem Maße unter dem Kriege zu leiden hat. Schlimm genug ist es aber auch so gewesen, in Berlin und in der Bücherstadt Leipzig vornehmlich. Von den bei Kriegsbeginn vorhandenen 70 452 Mitgliedern waren um Mitte September nur noch 55 950 Berufangehörige, und 18 517 hiervon oder 88,10 p. 100 hatten jede Arbeitsgelegenheit verloren, während 11 657 oder 20,88 p. 100 sich mit zweckseitigem Aussehen oder mit verblümten Arbeiten begnügen mußten. Bei den der Buchdruckerorganisation angeschlossenen Schriftlektoren stieg die Arbeitslosigkeit gar bis auf 90 p. 100. Trotzdem wurde die Arbeitslosigkeit noch größer geworden sein, wenn nicht das der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker als Zentralleitung dienende und sehr gut funktionierende Tarifamt in vorbildlich sozialverständlicher Weise mehrmals an beide Teile appelliert und besondere Vereinbarungen empfohlen hätte, wo besondere Schwierigkeiten bestanden. Diese Vereinbarungen unterlagen der Genehmigung des Tarifamts, dessen Vermittlung man sich jedoch nicht immer bedient hatte, was zum Nachteil des betreffenden Druckpersonals ausfiel, deren Interessen gegen die geschäftlichen zu kurz kamen. Die Verbandsleitung rügt das in ihrem Jahresbericht und lädt auch an dem Verhalten eines ungenannten Kreises von Druckfirmen, die man nach den gemachten Unbedeutungen wohl hauptsächlich im Rheinland und Westfalen zu suchen haben wird, Kritik, die Arbeitslosigkeit hätte nicht einen solchen Umfang anzunehmen brauchen. Andersseits wird bekannt anerkannt, daß eine stattliche Anzahl von Geschäftseinheiten die Familien ihrer einberufenen Angestellten in oft weitgehender Weise laufend unterstützen. Auch die Opferwilligkeit der Gaue und Mitgliedschaften den Kriegsfamilien sowie den ausgewanderten und nicht bezugsberechtigten Mitgliedern gegenüber findet von der Verbandsleitung die verdiente Anerkennung. (Bis zum 30. Januar 1915, dem Abschlußtermin der dritten Kriegsstaffel, waren M 253 744 zu diesem Zwecke ausgezahlt worden.) Der Verband selbst mußte, wie bereits 1870/71, die Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer grundlich ablehnen; denn der Krieg legte ihm schon in den statutaristischen Pflichtleistungen enorme Opfer auf. Die Verbandsleitung griff aber in besonderen Notfällen helfend ein; außerdem wurde durch Entschluss einer Gauvorsteherkonferenz für Ausseken und Verlusträtselarbeiten die Gewährung von Unterstützung beschlossen. In den vier ersten Kriegswochen wurde in sämtlichen Unterstützungsweisen volle Unterstützung gewährt, dann wurden an der Arbeitslosenunterstützung täglich 20 s und an den Gauzuschüssen hierzu ebenfalls 25 s gefürzt, während zum Bezugze der Krankenunterstützung die Ratenen verlängert wurde. Die übrigen Unterstützungsweisen blieben unverändert, durch die Einführung einer Entschädigung bei Ausseken usw. trat sogar eine Erweiterung ein. Die Verbandsberatungen (die Gaue und Mitgliedschaften legten sich fast durchweg noch Extrabeiträge auf) von 50 s wurde inzwischen auf 80 s herabgeleistet und kommt demnächst ganz in Kraft; gleichzeitig wird die alte Bezugsdauer bei der Krankenunterstützung wieder eingesetzt werden. Wie groß die Arbeitslosigkeit gewesen ist, erkennt man daran, daß in den zwei ersten Quartalen 1914 die Arbeitslosenziffer 3½ p. 100 betrug, in den zwei letzten jedoch 23 p. 100. Zugleich waren noch 7,8 p. 100 zu andern Berufen übergegangen. Die Arbeitslosenunterstützung hat denn auch M 2723 831 erfordert, gegen 1913 mehr M 1 467 735. In vier von den neuen Unterstützungsweisen waren geringere Ausgaben zu verzeichnen, trotzdem mußten für das gesamte Unterstützungsmaß M 4 373 628 aufgewendet werden. Das Verbandsvermögen hatte mit M 11 327 330 am 1. Juli 1914 seinen höchsten Stand erreicht; es sank bis zum Jahresende auf M 9 913 184, also sinkt M 1 416 156 im Jahre 1914 zugesetzt worden, was, wenn man die volle Mitgliedergabe bei Kriegsausbruch einsetzt, den hohen Kopfbetrag von M 2002 ausmacht. Der Verbandsvorstand regte, um der riesigen Arbeitslosigkeit etwas zu steuern, bei der Unternehmerorganisation eine gemeinsame Gabe an die staatlichen

und kommunalen Behörden, an alle öffentlichen Korporationen wie an die Geschäftswelt an zweck vermehrter Auftragerteilung in Drucksachen. Der Unternehmerverband sagte bereitwillig Beteiligung zu, die Presse sorgte in weitgehendem Umfang für Verbreitung dieses Aufrufs, und der Erfolg war einigermaßen befriedigend.

Auf internationalem Gebiete ereignete sich ein recht bezeichnender Vorgang: Die kleine, etwa 800 Mitglieder zählende Buchdruckervereinigung der romanischen Schweiz nahm mit Billigung des Verbandes der deutschen Schweiz eine Umfrage bei der dem Internationalen Buchdruckersekretariat (früher Sitz Bern, seit 1909 Stuttgart) angeschlossenen Verbände vor, ob das Sekretariat nicht in Abwehr des Krieges nach einem neutralen Lande — die Schweiz kam sehr deutlich in Vorschlag — verlegt werden sollte. Die ganzlich der Begründung entsbehrende und von unberechtigter Unimisität zeugende Anregung fand indes nur geringe Gegenliebe. Der deutsche, der österreichische und der ungarische Verband, dagegen die nordischen Organisationen lehnten mit über 100 000 Mitgliedern das Anfertigen ab. Die dafür zu habenden andern Verbände können nur etwa 25 000 Mitglieder aufweisen.

Mit Genugtuung gedenkt der Vorstandsbereich noch der Ausstellung für Buchdruck und Graphik in Leipzig 1914, die eine unvergleichliche Kulturstellung darstellte, vom Weltkrieg jäh unterbrochen. Der Buchdrucker verband erhielt für seine wohlgefundene Spezialausstellung bekanntlich einen der höchsten Staatspreise, die mir wenige Male vergebene höchste Auszeichnung. Das massive Bandmonument der Buchdrucker, eine wirksame Verkörperung gewerkschaftlichen Kraftbewußtseins, ist nun dauernd im Garten des Leipziger Volkshauses aufgestellt worden.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Tödliche Verunglücksungen in Preußen im Jahre 1912. Nach den Mitteilungen des Königlich Preußischen Statistischen Landesamtes sind in Preußen im Jahre 1912 16 718 Personen (13 368 männliche und 3350 weibliche) tödlich verunglückt, gegen 16 810 im Vorjahr. Davon fanden den Tod durch

	Männlich	Weiblich	zusammen
Ertrinken	2731	580	3319
Sturz	2690	766	3456
Überfahren	2410	448	2917
Maschinenniedersturz und elekt. Strom	528	58	586
Verschüttungen und Erschlagen	1600	52	1652
Brennen und Verbrennen	843	744	1587
Erschlagen	581	246	777
Bergsturz	166	105	271
Schlag und Biß von Tieren	267	28	295
Erschreien, Explosionsunfälle usw.	535	46	581
Erschossen	207	29	236
Blitzschlag	86	54	140
Sonstige Ursachen	723	188	911

Auf die ersten drei Todesursachen: Ertrinken, Sturz und Überfahren entfallen, entfällt also mehr als die Hälfte aller tödlichen Verunglücksungen, sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Personen. Unter den durch Sturz Verunglückten befanden sich 56 Radfahrer (1 weiblich). Der Luftverkehr hat 17 Opfer gefordert, gegen 10 im Vorjahr, von denen 15 aus Aeroplanen und 2 aus Freiballons abgestürzt waren. Fast nur männliche Personen fanden sieben durch Verschüttungen und Erschlagen den Tod; es kommen hier hauptsächlich Verunglücksungen beim Bergbau in Betracht. Auffallend groß ist dagegen die Zahl der weiblichen Personen, die durch Verbrennen und Verbrennen ums Leben gekommen sind; man muß hier wohl besonders an Unfälle im Haushalt denken. Der Blitz tötete nicht weniger als 140 Personen.

Fachtechnisches.

Patentenbuch. Vom Patentbüro O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2, Abschriften billigst. Auskünfte frei.

Angemeldete Patente: Nr. 8 m. C. 25 351. Zur Herstellung geeignete Präparate in trockenem oder Pastenform. Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt a. M. Aug. 14. 11. 14. — Nr. 75 c. M. 57 382. Befahrung zum Schmelzen und Auftragen wachsähnlicher Stoffe unter Verwendung eines Heißstiftes als Wärmequelle. Frau Anna Macco, Heidelberg. Aug. 2. 12. 14.

Erteilte Patente: Nr. 22 h. 286 798. Verfahren zur Herstellung von Firnis aus halbtrünnenden Ölen, wie Tern und vergleichbar n. v. Zusatz zum Patent 286 049. Ed. Gritz, Wien. Aug. 31. 12. 13. — Nr. 22 h. 286 568. Herstellung von Lack oder Firnis aus Kondensationsprodukten n. v. Bafelit-Ges. n. d. H., Berlin. Aug. 21. 1. 12. — Nr. 12 f. 286 487. Verfahren zur Herstellung von Farbstoffen. Zusatz zum Patent 281 422. Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen b. Köln a. Rh. Aug. 21. 2. 13.

Verschiedenes.

Heldenfeier. In einer Gartenbau-Zeitung wurde fürstlich von einem Gartenbaudirektor angeregt, den gefallenen Helden in unseren Städten statt der üblichen Denkmäler Eichen zu gründen, jedem Toten eine Eiche zu setzen als das Zeichen deutscher Volkssolidarität und diese Eichen um eine Friedenslinde als Mittelpunkt zu häufen zu gruppieren. Es ist ohne Zweifel, dass solcher Gedanke einem tieferen Empfinden weit mehr gerecht wird als das kalte Denkmal. Einem solchen wichtigen Menschen mag man den kalten Stein zum Gedächtnis geben, nicht aber passiert der Stein für ein warmes, lebendiges Herz, das der Krieg so jäh dem Leben entriss. Die kleinen Herzen werden uns drinnen in den Gesichtern gerichtet in großer Zahl hunderttausende von neuen Gewerkschaftsgenossen stehen ja als Soldaten im Felde, Hundert-

tausende, denen die Schule der Gewerkschaft Idealismus ins Herz gepflanzt, einen tiefen Sinn für alles Schöne und Göte, für Freiheit und Gerechtigkeit. Will man solche Männer ehren, so muss man ein Gedächtnis schaffen, das ihrer geistigen und seelischen Veranlagung entspricht, so müssen unsere Städte Gedächtnissäulen ins Leben rufen, Gedächtnissäulen für Arme und Waisen, für Witwen und Kinder, für Schönheit im Wohnen, für Volksbildung und Volkskunst. Das ist die einzige Gedächtnisbedeutung, die solcher Männer mit solchem Herzen würdig ist. Man hat bei der Heldenfeier bis jetzt viel zu sehr vom Standpunkt des Durchschnittsmenschen gehandelt. So mancher Tote würde ohne Zweifel mitleidig lächeln, wenn er einmal sehen könnte, wie kleine Geister ihn zu ehren versucht haben. Will man einen Toten ehren, so muss man so handeln, wie es seinem Fühlen und Denken entsprechen würde. Und wenn auch für viele Tote vielleicht noch ein Denkmal aus Stein genügt, wir haben schon gesagt, dass auch Lausende ihr Leben dahingeben, denen ein warmes Herz für das Volk in der Brust schlug und die man nur dadurch ehren kann, dass man dem Volke dient. Und nötig hat das Volk solche Gedächtnissfürsorge wahrhaftig. So viel Not und Elend herrscht ja noch im Volle, das von einer höheren Warte betrachtet, die Ausgaben von Summen für toten Stein geradezu unzulässig sind.

Bild zu geben, ist es hier geschehen. Die Broschüre verbietet die weitere Verbreitung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Jahresbericht 1914. Selbstverlag des Verbandes, Berlin W 57.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. 20. Jahresbericht der ersten öffentlichen Verschälle zu Berlin SO, Königsstraße 25/27.

Stilles heldentum.

Gedichtet dem 8. Zug der 4/184.

Man hat unsere großen Helden besiegen,
Die im hellen Kampfe mit dem Feinde gerungen,
Die festen gestählt und Schlachten geschlagen,
Die Deutschlands Ruhm über die Meere getragen;
Von den Helden, die Belgien niedergegrenzt,
Die im Osten die Russenmassen bezwungen,
Von den Helden aus Deutschlands schwersten Lagen
Die großen Dichter uns singen und sagen.
Doch habt ihr auch jener Helden gedacht,
Die seit Wochen und Monaten für uns gewacht,
Die in Schlengengräben und Höhlen wohnen,
Unter tödlichem Feuer feindlicher Kanonen?
Die den Tag nicht schauen, die die Sonne nicht grüßen,
Sich fortbewegen auf Händen und Füßen,
Die Stunde um Stunde, Gewehr in den Scharten,
Gebüldig der Feind beobachtend warten,
Bei Tag und bei Nacht stets zum Angriff bereit,
Mit knurrendem Magen, im nassen Kleid;
Im Lehne bis zum Knödel, kein Bett und kein Haus,
Zur Nachtzeit nur kriechend zur Höhle heraus,
Herau zu holen die wütende Rott,
Mit steifen Gliedern und klappernd vor Frost?
Das sind die Helden, von denen die Dichter nichts sagen,
Die Helden im Garren und stillen Ertragen,
Die die Nachwelt nicht kennt, die so bald man vergibt,
Weil die Größe des Heldentums keiner ermißt.

Sterbetafel.

Niel. Am 27. Juli starb infolge Unglücksfalls unser langjähriges Mitglied, der Kollege Max Dietmann im Alter von 42 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptklasse vom 2. bis 7. August.

Gingesandt wurden für die Hauptklasse: Mainz M. 190,87, Düren 100, Bittenberge 4,50, Saarbrücken 100, Potsdam 50, Göttingen 60, Nürnberg 300, Spandau 70, Coburg 100, Schwerin 100, Kiel 600, Lüneburg 60, Düsseldorf 200, Berlin 500.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken, E = Eintrittsmarken, V = Vorlage, K = Kalender, Pr = Protokolle): Bremen 100 B à 10,4. Düsseldorf 10 E. Frankfurt a. M. 8000 B à 80. Graudenz 400 B à 76, Hamburg 2400 B à 125, 1 K. Hannover 2000 B à 80, 2000 B à 120. Kiel 1 Pr gebunden. München 1000 B à 85, 500 B à 105, 2000 B à 125, 50 E. Stuttgart 1 K. Würzburg 100 B à 10, 1 K.

Die Woche vom 15. bis 21. August ist die 33. Beitragswoche. H. Wentler, Rassier.

Grosses Sparsystem

zum Bezug von wenig getragenen Herrschaftskleidern!

Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über

Herrenkleider, vom besten Publikum stammend, kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

Anzüge in allen Formen Mk. 12.- bis Mk. 45.-
Überzieher und Ulster 6.-
Hosen 3.-
40.-
12.-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefallene Waren sende ich anständig das Geld zurück.

L. Spielmann,

Versandhaus für wenig getragene Kavalleriekleider,
München 113, Gärtnерplatz 1 u. 2.

Bekanntmachung der Nichtvergütung

im Maler- u. Antreibergemeinde

Zusage aus dem vom Internationalen Arbeitsamt mit freien bedachten Arbeiten und Gehaltsgebot, dat. bis Durchführung des Bleimittelgesetzes.

Erzielungen im Selbstverlag des Ber-

bands. Säumenreis der Großküche 4. I.

Mitglieder erhalten Rückgabepreis.

Weisse Wasserglas-Schmierseife

4,80 pro Zentner, in Holzkäbeln netto, in Bleckwannen brutto für netto

Seifenpulver

lose in Säcken, 4,80 pro Zentner liefert von 100 Pfund an unter Nachnahme franko jeder deutschen Bahnhofstation

Seifenfabrik S. Strauss

Offenbach a. M.

Telegraph. Vertrieb gesucht.

Der heutige Nummer best. Nr. 22 der "Correspondenzblatt" bei